

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 1. Sitzung des Klima- und Nachhaltigkeitsausschusses am Donnerstag, den 15.02.2024 im Großen Sitzungssaal, Neues Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

ANWESEND:

- VORSITZENDER -

Dr. Christian Moser

- MITGLIEDER -

Thomas Hartmann

Christian Heilmann-Tröster

Anton Holler

Christian Kilger

Alfred Ortmann

Yvonne Pletl-Schäfer

Tim Rothenwöhrer

Prof. Dr. med. Peter Schandelmaier

Harald Schiller

Ewald Tremel

Dr. med. Ute von Eichhorn

- 1. STELLVERTRETER -

Wolf-Günther Bergs

Vertretung für Frau StRin Tröster

- SCHRIFTFÜHRERIN -

Theresa Hiendl

- VERWALTUNGSREFERENTEN -

Klaus Busch

Stefan Stricker

Ulrike Watzek

- GÄSTE -

Stefan Schmidbauer

Andrea Weidemann

Deggendorfer Zeitung

Donauanzeiger

ABWESEND:

- MITGLIEDER -

Sophia Tröster

entschuldigt

TAGESORDNUNG:

1. Bekanntgaben
2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 10.10.2023 (4. Sitzung)
3. Abfallwirtschaft in Deggendorf;
Unterschiedliche Sammelsysteme für Leichtverpackungen
Sachgebiet 41
4. Bericht zum aktuellen Stand des Klimaschutzkonzeptes
Sachgebiet 41
5. Anfragen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, erklärt, dass frist- und formgerecht geladen wurde, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Einwände gegen die vorliegende TO werden nicht erhoben.

TOP 1 Gegenstand:
 Bekanntgaben

Es liegen keine öffentliche Bekanntgaben auf.

TOP 2 Gegenstand:
 Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 10.10.2023 (4. Sitzung)

Die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung wurde den Stadtratsmitgliedern mit Ladung zur heutigen Sitzung in das Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme bereitgestellt. Einwendungen wurden auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht erhoben.

TOP 3 Gegenstand:
 Abfallwirtschaft in Deggendorf;
 Unterschiedliche Sammelsysteme für Leichtverpackungen

Frau Watzek hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Während des Sachvortrags stellt Herr StR Prof. Dr. Schandelmaier die Frage, ob ein Depotcontainer effizienter ist als der Wertstoffhof. Er führt weiter, dass ein solcher Container beispielsweise in einer Mittel- und Kleinstadt fußläufig erreichbar wäre.

Frau Watzek weist darauf hin, dass bei der Bewertung der ökologischen Auswirkungen der unterschiedlichen Sammelsysteme laut der Studie des Umweltbundesamtes deutlich wird, dass der Wertstoffhof als einziges System eine klimarelevante Belastung erzeugt, welche auf den Individualverkehr und die vergleichsweise geringe Entlastung auf Grund der geringen Sammelmenge zurückzuführen ist. Sie führt aus, dass alle anderen Entsorgungssysteme beim Thema Klimaerwärmungspotenzial einen positiven Effekt haben, weil sich die Wiederverwendung- und Verwertung positiver auf des Klima auswirken, als wenn man alles thermisch verwertet. Nur der Wertstoffhof hat durch den Individualtransport negative Auswirkungen auf das Klima.

Herr Prof. Dr. Schandelmaier möchte während des Sachvortrags zudem wissen, ob es sinnvoller ist Wertstoffhöfe in der Stadt zu errichten als auf dem Land, da man dort weitere Fahrwege zum Wertstoffhof hat.

Frau Watzek legt dar, dass das Entsorgungssystem mit Wertstoffhöfen schlechter abschneidet, auf Grund der längeren Fahrwege. Auch mehr Wertstoffhöfe im ländlichen Bereich, um die Fahrwege zu verkürzen, können die klimarelevante Belastung nur minimal verbessern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser ergänzt den Sachvortrag.

Herr StR Heilmann-Tröster bedankt sich bei Frau Watzek für den Sachvortrag. Er macht klar, dass es kein Entsorgungssystem geben wird, welches nur positive Aspekte hat, da jedes Entsorgungssystem auch negative hat. Er teilt mit, dass die Gelbe Tonne die meisten Vorteile und die wenigsten Nachteile hat. Herr StR Heilmann-Tröster betont, aber es das Beste ist, wenn man so wenig Müll wie möglich produziert. Er ist der Meinung, dass die Gelbe Tonne schon längst überfällig sei, was man an der Übersicht der Erfassungssysteme für Leichtverpackungen der Dualen Systeme in Bayern und auch im restlichem Bundesgebiet sehen kann. Er unterstreicht, dass man bei der Online-Umfrage gesehen hat, dass sich viele Bürger die Gelbe Tonne wünschen, weshalb er meint, dass der Herr Landrat aufgeschlossen für das Thema ist. Herr Heilmann-Tröster stellt heraus, dass die Gelbe Tonne, das Mittel der Wahl ist.

Herr StR Kilger bittet um Auskunft, wie genau die Trennung bei der Gelben Tonne funktioniert, da so rein wie möglich getrennt werden sollte. Er erinnert daran, dass bei der Gelben Tonne fünf verschiedene Leichtverpackungen in eine Tonne geworfen werden, welche am Wertstoffhof in die eigens dafür vorhandenen Container getrennt werden. Er will sich erkundigen, ob die Leichtverpackungen im Anschluss getrennt oder thermisch verwertet werden.

Frau Watzek teil mit, dass so rein wie möglich getrennt bedeutet, dass in der Gelben Tonne kein Rest- und Biomüll entsorgt werden darf. Sie erklärt, dass die Leichtverpackungen in der Gelben Tonne später von einer Sortieranlage automatisch, teilweise auch per Hand, sortiert und anschließend verwertet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser fügt hinzu, dass der Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW) momentan so argumentiert, dass er die reinste Sortierung im jetzigen Entsorgungssystem hat, da der Kunde am Wertstoffhof den Müll trennt. Er verweist darauf, dass im Entsorgungssystem mit der Gelben Tonne diese Sortierung nicht der Kunde übernimmt, sondern über Maschinen bzw. Mitarbeitern erfolgt, weshalb die Gelbe Tonne mehr kostet, da der Kunde mehr Bequemlichkeit hat. Er hebt hervor, dass man durch die Gelbe Tonne etwas für die Umwelt tut.

Frau StRin von Eichhorn erläutert, dass sie vor einiger Zeit nachgefragt hat, warum es in Deggendorf noch keine Gelbe Tonne bzw. keinen Gelben Sack gibt, obwohl in anderen Kommunen dieses Entsorgungssystem bestehend ist. Ihr wurde daraufhin erzählt, dass die Hersteller und Händler selbst für die Rücknahme und Entsorgung von in Umlauf gebrachten Leichtverpackungen zuständig sind. Sie kritisiert, dass zum Beispiel in einem Deggendorfer Supermarkt für die Rücknahme nur eine kleine Box zur Verfügung steht. Frau StRin von Eichhorn erwidert, dass bei dem leicht durchsichtigen Gelben Sack die entsorgten

Leichtverpackungen im Vergleich zur Gelben Tonne sichtbar sind, was für sie ein geeignetes Mittel wäre, damit die Bürger den Müll richtig trennen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser hält den Gelben Sack für falsch, da dieser zum einen, wenn der Sack vor der Tür liegt nicht schön ist und zum anderen auch Ungeziefer und Vögel anzieht, die sich Zugang zu dem Sack verschaffen. Er rät vom Gelben Sack ab, weil er die unangenehmere Möglichkeit ist und er bezweifelt, dass zum Beispiel der Nachbar die Zeit hat um den Gelben Sack des anderen genauer anzuschauen. Er legt Wert darauf, dass das bestehende System der 3-Tonnen um die Gelbe Tonne erweitert wird.

Herr StR Heilmann-Tröster merkt an, dass es auch Personen gibt, die unter anderem mit den Gelben Säcken Fußball spielen, wo danach ein ganzer Straßenzug mit dem Müll verwüstet ist. Er führt auf die Aussage bezüglich der Sortenreinheit von Herrn StR Kilger zurück und sagt, dass es die beste Trennung am Wertstoffhof gibt, jedoch ist bei der Gelben Tonne die Rücklaufmenge deutlich höher. Er gibt bekannt, dass er vor kurzem eine Sortieranlage besichtigt hat und dass solch eine Anlage mittlerweile die Leichtverpackungen sehr effektiv trennt.

Herr Oberbürgermeister ergänzt, dass ein Haushalt mit ein bis zwei Personen sehr lange braucht bis es rentabel ist zum Wertstoffhof zu fahren. Er schildert, dass er von Ein-Personen-Haushalten diese Rückmeldung erhalten hat und weil die Restmülltonne ohnehin nicht voll wird, werden die Leichtverpackungen in diese Tonne geschmissen. Er bringt vor, dass die Trennquote deutlich höher wird, wenn es das Entsorgungssystem mit der Gelben Tonne gibt.

Herr StR Bergs bedankt sich bei Frau Watzke für die hervorragende Vorbereitung und nennt die Zahnpastatube als Beispiel für die Gelbe Tonne, was ihn erstaunt hat, dass sie dort hineingehört. Er findet die Gelbe Tonne besser als den Gelben Sack, weil man dort alles sieht, was der Nachbar verbraucht hat. Er fügt hinzu, dass aus seiner Sicht die Gelbe Tonne notwendig ist.

Herr StR Schiller erkundigt sich, welche Kosten auf die Bürger zukommen und wie hoch diese ausfallen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser erwidert, dass er im Moment keinen konkreten Betrag nennen kann, da die Stadt Deggendorf nicht der Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW) sind. Er informiert, dass der ZAW in Vorgesprächen zur Stadt Deggendorf gesagt hat, dass die Planung zu einem zweiten Wertstoffhof im Stadtgebiet derweil nicht fortgeführt werden. Diese Aussage macht seiner Meinung nach auch Sinn, da eventuell ein Entsorgungssystem eingeführt wird, in dem am Wertstoffhof drei bis vier Container wegkommen, weshalb dann kein weiterer Wertstoffhof gebraucht wird. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser verdeutlicht, dass er nicht sagen kann, welche Kosten auf den Bürger zukommen, aber dass es mehr sein wird, hält er für sehr wahrscheinlich.

Herr StR Ortmann entgegnet, dass er nicht die Meinung der 75 % der Befürworter der Umfrage teilt. Er ist gegen den Gelben Sack, da der Sack im Winter eingeschneit wird und die Arbeiter die Säcke händisch verladen müssen. Er wirft ein, dass es in Deggendorf ungefähr 7.400 Objekte gibt, wo Mülltonnen mit einem Volumen zwischen 60 l und 1.200 l vorhanden sind. Herr StR Ortmann erwähnt, dass ungefähr 11.000 zusätzliche Tonnen notwendig

werden. Zum Thema Eigentransport trägt er vor, dass die Straßen und Brücken von den LKWs kaputt gemacht werden und nicht von den PKWs, die alle paar Wochen mal zum Werkstoffhof fahren. Herr StR Ortman gibt zu bedenken, ob die Stadt mit ihrer Einflussnahme auf den Entscheidungsprozess tätig werden sollte an der Gebührenschaube mitzudrehen, da er es für sinnvoller hält, dass dies der Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW) nach einer Erprobungsphase entscheidet. Er kann sich auch vorstellen, dass er danach das Entsorgungssystem mit der Gelben Tonne gut findet. Er vertritt den Standpunkt, dass die Bürger auf Grund der Inflation sowie der Heiz- und Stromkosten genug finanzielle Sorgen haben. Das müsse man durch die Gelbe Tonne nicht weiter verschärfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser entgegnet, dass diese Entscheidung für eine Systemänderung viel Vorlaufzeit benötigt. Es handelt sich um keine Sache, wo man sagen kann, dass man es einfach bei einem Straßenzug testet, weil es dafür ein durchgehendes Konzept geben muss. Aus seiner Sicht brauchte es einen Impuls, dass diese Diskussion gestartet wird. Dies hat dazu geführt, dass für 2024 eine Kundenbefragung im Verbandsgebiet geplant ist und im Anschluss daran eine Entscheidung getroffen wird. Er gibt Auskunft darüber, dass er immer mit offenen Karten gespielt hat, da er gesagt hat, dass die Gelbe Tonne mehr kostet. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser beschreibt, dass der Bürger sich dafür Zeit und den Sortieraufwand am Wertstoffhof sparen kann.

Herr StR Ortman ist mit dem Beschlussvorschlag an sich nicht ganz einverstanden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser plädiert dafür, dass dieses Thema durch die größte Stadt im Landkreis angestoßen werden muss, um ein Statement zu setzen. Er informiert, dass schlussendlich die Verbandsversammlung entscheidet, ob das Entsorgungssystem mit der Gelben Tonne kommt. Er kann es auch akzeptieren, wenn sich die Verbandsversammlung dagegen entscheidet, da es im ländlichen Raum anders beurteilt wird. Er informiert, dass sich die Stadt Passau an den Wunsch nach einer Gelben Tonne daran gehängt hat, doch umso ländlicher die Gegend ist, umso weniger wird der Bedarf an der Gelben Tonne gesehen.

Herr StR Ortman äußert anhand des Beispiels der Abfallwirtschaft München Bedenken, da dort der Inhalt der Gelben Tonne aus 50% Restmüll besteht, was im Nachhinein getrennt werden muss. Das ist mit enormen Kosten verbunden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser sagt, dass die Gelbe Tonne Geld kostet. Er hat keinen Zweifel daran, dass es wahrscheinlich vor 2028 eine bundesweite Entscheidung zur Einführung des Entsorgungssystems mit der Gelben Tonne gibt. Seines Wissens nach wird in ganz Österreich ein Entsorgungssystem mit Gelber Tonne eingeführt. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser meint, dass in Bayern schon viele Kommunen ein Entsorgungssysteme mit der Gelben Tonne haben, weshalb dieses Thema auf Bundesebene diskutiert werden wird. Er übermittelt, dass es besser ist, wenn man das ganze Verfahren schon gestartet halt, bevor vorgeschrieben wird, wie die Umsetzung erfolgen muss.

Herr StR Prof. Dr. Schandelmaier will wissen, ob der Wertstoffhof z. B. zur Entsorgung einer Waschmaschine, trotz der Einführung der Gelben Tonne bestehen bleibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser bejaht seine Frage. Er erwähnt, dass nur die Container für Leichtverpackungen wegkommen, die Container für stoffgleiche Nichtverpackungen, z. B. eine kaputte Gießkanne, bleiben bestehen.

Frau Watzek ergänzt, dass bei der Einführung des Entsorgungssystems mit der Wertstofftonne die kaputte Gießkanne darin entsorgt werden kann.

Herr StR Bergs erläutert, dass es immer jemanden gibt, der den Müll nicht richtig trennt. Er bezweifelt, dass jemand z. B. eine Zahnpastatube in der Papiertonne entsorgt. Er vermutete, dass die Gelbe Tonne ähnlich viel wie die Restmülltonne kostet, abhängig davon ob man in einen Einfamilien- oder Mehrfamilienhaus wohnt, da die Kosten dann wahrscheinlich wie bei den anderen Tonnen aufgeteilt werden.

Herr StR Holler bemängelt, dass Herr StR Stern in der Sitzung nicht bei anwesend war, da Herr StR Stern ein Entsorgungsunternehmen besitzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser nimmt die Kritik zur Kenntnis und weist darauf hin, dass Herr StR Stern nicht Mitglied im Klima- und Nachhaltigkeitsausschuss ist.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag vom 23.01.2024 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: laut Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 1

Gesamt: 1

1. Die Stadt Deggendorf spricht sich für die Einführung der gelben Tonne aus.
2. Es wird ein Antrag an den Landrat gestellt, dass er sich zu gegebener Zeit für die Einführung eines Holsystems für Leichtverpackungen im zuständigen Gremium aussprechen möge.

TOP 4 Gegenstand:
Bericht zum aktuellen Stand des Klimaschutzkonzeptes

Herr Stricker hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser ergänzt den Sachvortrag.

Herr StR Heilmann-Tröster merkt an, dass die Stadt Deggendorf beim Klimaschutzkonzept nicht ganz vorne dabei ist, da es viele Städte gibt, die schon mit ihrem fertigem Klimaschutzkonzept arbeiten. Seine Recherche am Tag vor der Sitzung hat ergeben, dass z. B. die Städte Traunstein und Passau seit 2021 sowie die Stadt Ingolstadt seit 2022 ein fertiges Konzept haben, da diese zwei bis drei Jahre früher angefangen haben. Er wendet ein, dass die Stadt Deggendorf bei der Erarbeitung eines Klimaschutzkonzepts später dran ist, aber besser später als nie, meint er. Herr StR Heilmann-Tröster möchte wissen, wie der Sachstand bei der Umsetzung der Maßnahmen des Rahmenklimaschutzkonzept ist. Die erste Maßnahme zu der er sich erkundigen will ist, ob die Stadt Deggendorf einer Energieagentur beigetreten ist bzw. gegründet hat, da dies aus seiner Sicht zügig umzusetzen ist.

Herr Stricker antwortet, dass die Stadt Deggendorf Mitglied im Klimaschutznetzwerk Südostbayern sind, vorher war das das Energieeffizienz-Netzwerk. Er teilt mit, dass die Maßnahmen aus dem Rahmenklimaschutzkonzept die Grundlage für das neue integrierte Klimaschutzkonzept bilden, deshalb werden die Maßnahmen aufgenommen und vertieft in Bezug auf Kosten und Dauer.

Herr StR Heilmann-Tröster nennt als nächstes Maßnahme die Erstellung von nachhaltigen Bebauungsplänen, wozu Checklisten erstellt werden sollen und bittet hierzu Herrn Busch um Auskunft.

Herr Busch geht auf die erste Aussage von Herrn StR Heilmann-Tröster ein und sagt, dass die Stadt Deggendorf bereits das Rahmenklimaschutzkonzept erstellt hat, darum fängt die Stadt Deggendorf nicht bei null an und hinkt auch nicht hinterher. Er führt weiter, dass das Rahmenklimaschutzkonzept nicht ausreichend für die Förderung der Klimaschutzmanager-Stelle von Herrn Stricker ist. Er weist darauf hin, dass die Ergebnisse des Rahmenklimaschutzkonzeptes nicht verworfen werden, sondern diese die Grundlage für ein förderfähiges integriertes Klimaschutzkonzept bilden. Herr Busch teilt mit, dass es keine komplett neuen Umsetzungsmaßnahmen geben wird, sondern die Maßnahmen aus dem Rahmenklimaschutzkonzept werden ins integrierte Klimaschutzkonzept eingearbeitet. Anschließend geht Herr Busch auf die Frage der nachhaltigen Bebauungspläne ein und führt aus, dass es bei Bebauungsplänen zur Verquickung von Klimaschutz und Klimaanpassung kommt. Er betont, dass die Stadt Deggendorf beim Thema Klimaanpassung bayernweit mit dem Modellvorhaben zum Klimaanpassungskonzept ganz vorne dabei ist. Er ist froh, dass die Stadt Deggendorf schon ein solches Konzept hat, da jetzt eine Verpflichtung vom Bund kommt und die Stadt Deggendorf diesen Schritt nicht mehr machen muss, weil die Stadt hier vorneweg marschiert ist. Herr Busch unterstreicht, dass Klimaanpassung eher ein Thema für die Bebauungspläne ist als Klimaschutz, weil im Verfahren die Fragen der Hitzehotspots und der Schwammstadt behandelt werden. Er berichtet, dass bei den letzten Bebauungsplänen viele Ansätze beinhaltet sind und erinnert an den Vorentwurf des Bebauungsplan Nr. 156 „SO Graflinger Straße II“, wo zum ersten Mal bei einem Nahversorger die Parkplatzfläche stark durchgrünt wird und auch wieder eine Verpflichtung zu PV-Anlagen auf Dächern beinhaltet ist. Dies sind Maßnahmen die aus dem Rahmenklimaschutzkonzept als auch aus dem Klimaanpassungskonzept entsprechend in die Bebauungspläne übernommen wurden, soweit die rechtliche Grundlage für eine Festsetzung vorhanden ist. Denn nicht alles was sich die Stadt Deggendorf wünscht, kann übernommen werden. Herr Busch schildert, dass dies Ergebnisse aus dem Rahmenklimaschutz- bzw. Klimaanpassungskonzept sind, auch wenn es nicht immer gesagt wird, ist die Stadt Deggendorf um die Umsetzung bemüht. Er berichtet, dass immer noch mehr in diesem Bereich möglich ist, jedoch sieht er die Stadt Deggendorf auf einem guten Weg.

Herr StR Heilmann-Tröster beharrt auf die Fertigstellung der Baumschutzsatzung, deren Umsetzung, seit Eingang des Antrags vor einem Jahr, geplant wird. Er hofft, dass viele Projekte und Maßnahmen vom Rahmenklimaschutzkonzept im integriertem Klimaschutzkonzept zu finden sind, was von der Schulverpflegung bis hin zum Klimafonds geht. Er stellt heraus, dass die Bereiche ÖPNV und Verkehr kontrovers diskutiert werden und er kritisiert, dass der Nahverkehrsplan vom Gremium nur zur Kenntnis genommen wurde, obwohl bei diesem Thema noch viel zu tun ist. Herr StR Heilmann-Tröster legt dar, dass Carsharing als Einzelmaßnahme im Rahmenklimakonzept beinhaltet ist. Er erhofft sich, dass sich in den nächsten Monaten etwas bei diesen Themen bewegt, damit die Maßnahmen

umgesetzt werden. Er stellt heraus, dass in manchen Bereich schon sehr viel gemacht wird, wie z. B. bei Photovoltaikanlagen durch das PV-Freiflächenkonzept. Herr StR Heilmann-Tröster ist der Meinung, dass noch viel zu tun ist, da es sich um ein Thema handelt, das jeden in vielen Bereich betrifft. Er erklärt, dass Klimaschutz in Zukunft verstärkt bei allen Entscheidungen, die zu treffen sind, zu beachten ist und welche Auswirkungen die Entscheidung auf das Klima hat, egal ob es sich z. B. um Neubauten oder Sanierungen handelt.

Herrn StR Bergs ist im Sachvortrag von Herrn Stricker das Thema Geothermie aufgefallen, dazu möchte er wissen in weit das Thema noch verfolgt wird, da es Städte gibt die Geothermie nutzen. Er betrachtete Geothermie bei früheren Diskussionen eher kritisch, aber vielleicht wäre es doch sinnvoll Geothermie zu nutzen. Er weiß, dass viele Bürger ihre Wohnung bzw. Haus mit einer Gasheizung betreiben, weshalb er die Frage aufwirft, wie sich die Heizungsversorgung in Zukunft mit Hilfe der Stadt Deggendorf weiter entwickeln könnte, auch wenn die Heizung eigentlich Sache der Eigentümer ist. Außerdem stellt er die Frage, ob die Stadt Deggendorf die vorhandene Gasleitung z. B. für Wasserstoff zur Verfügung stellen kann, damit die Bürger damit ihre Heizung betreiben können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser informiert, dass sich die letzte Frage von Herrn StR Bergs auf das Thema der kommunalen Wärmeplanung bezieht, welche die Stadt Deggendorf grundsätzlich machen will. Leider liegt der Förderbescheid bis jetzt nicht vor. Er und Frau Watzek sind bei der Förderung unterschiedlicher Auffassung, da er bezweifelt, dass die Stadt Deggendorf die Förderung wegen der Mittelkürzung im Bundeshaushalt noch bekommt. Er beschreibt, dass die Stadt Deggendorf unabhängig davon nicht mit der Planung starten kann, weil es sich sonst um einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn handelt und somit die mögliche Förderung gefährdet wäre. Aus diesem Grund ruht die kommunale Wärmeplanung im Moment. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser legt Wert darauf, dass es sich nicht um ein Verschulden der Stadt Deggendorf handelt. Er gibt die Botschaft weiter, dass man sagen darf, wenn die Stadt Deggendorf positive Sachen macht und nicht nur die negativen Sachen sehen sollte. Er hebt hervor, dass die Stadt Deggendorf im Landkreis vorne dabei ist und er sei gespannt, wie die Antwort auf die Frage von Herrn StR Bergs im Kreistag lautet. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser merkt an, dass sich auf der linken Donauseite die Nutzung von Geothermie auf Grund der Bodenverhältnisse nicht möglich ist, aber auf der rechten Donauseite wäre die Nutzung von Geothermie grundsätzlich möglich. Er macht klar, dass für die Stadtwerke Deggendorf GmbH eine Bohrung sehr kostenintensiv wäre und niemand die Kosten übernimmt, falls man auf kein warmes Wasser stößt. Er sieht die fehlende Kostenübernahme bei nicht erfolgreichen Probebohrungen als Problem. Aus diesem Grund stellt er immer wieder die Forderung an den Freistaat sowie an den Bund, dieses Investitionsrisiko bzw. die Kosten in Form eines Fonds oder einer Versicherung zu übernehmen. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser kann es verstehen, wenn ein Investor keine Bohrung macht, weil ggf. mehrere Millionen Euro in den Sand gesetzt werden, da nicht garantiert werden kann, dass man in 1,5 km Tiefe eine warme Wasserquelle findet. Er gibt die Aussage vom Geschäftsführer der Stadtwerke Deggendorf GmbH Herrn Springer wieder und schildert, dass wenn man auf warmes Wasser stößt, berechnen kann wie viel Energie gewonnen werden kann und wann sich die Anlage amortisiert. Er erwähnt, dass das Risiko abgefangen werden muss, wenn man bei der Bohrung nicht auf warmes Wasser stößt, das ist aus seiner Sicht der Grund warum das Thema der Geothermie auf Bundes- bzw.

Landesebene zu wenig verfolgt wird. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser verweist, dass immer nur von PV-Anlagen oder Windrädern geredet wird, aber dass Geothermie nicht beachtet wird, obwohl sie durchaus interessant wäre. Deshalb ist sein Standpunkt, dass es etwas geben muss um das Risiko abzufangen. Er geht darauf ein, dass beim Elypso eine andere Strategie verfolgt wird und zwar den ganzen Parkplatz mit PV-Anlagen zu überdachen, um den gewonnenen Strom für die Wärmepumpen zu nutzen, da die Bohrung für Geothermie zu risikoreich ist. Er geht darauf ein, dass Geothermie nur bei großen Siedlungseinheiten rentabel ist. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser schlussfolgert, dass es bei der kommunalen Wärmeplanung einen Anschlusszwang geben wird, weil sich niemand finanziell an die Umsetzung eines Wärmenetzes traut, wenn der Betreiber nicht eine gewisse Anzahl an Abnehmern hat. Er führt zurück, dass es am Ende immer um das Geld geht, bei jedem Einzelnen und beim Betreiber.

Herr StR Bergs findet PV-Anlagen auch im Zusammenhang mit Wärmepumpen eine gute Sache, weil PV-Anlagen mittlerweile doppelt so effektiv sind wie noch vor 10 Jahren.

Frau StRin von Eichhorn bezieht sich auf einen komplizierten Wert, der in der letzten Sitzung des Klima- und Nachhaltigkeitsausschuss vorgestellt wurde, welcher zu Vergleichszwecken bei der Treibhausgasbilanzierung dient. Sie stellt die Frage, ob in dieser Richtung schon Erfahrungen gesammelt wurden.

Herr Sticker kann ihr hierzu keine genaue Auskunft geben, da er nicht genau weiß welche Zahl sie meint. Er bietet ihr an, dass er für sie nachschaut.

Frau StRin von Eichhorn stellt sich die Frage, ob es etwas bringt, wenn der Wert entsprechend eingesetzt wird und wie sich es dann auswirkt.

Herr Busch vermutet, dass Frau StRin von Eichhorn die CO₂-Bilanzierung der kommunalen Liegenschaften meint, die im Rahmen einer Bachelorarbeit vorgestellt wurden. Er fügt hinzu, dass Herr Stricker im zweiten Schritt die CO₂-Bilanzierung für das ganze Stadtgebiet macht. Er gibt ihr Recht, dass diese Werte miteinander vergleichbar sind, jedoch werden die Werte stetig fortgeschrieben. Herr Busch gibt Auskunft, dass es nicht eine Bilanzierung ist, die einmal erfolgt und dann wird nichts mehr gemacht. Er übermittelt, dass es ein Programm gibt, wo die Daten fortgeschrieben werden, um Tendenzen zu erkennen bzw. Vergleichswerte zu erstellen. Er kann noch keine genau Auskunft geben, da zum einem die Stadtverwaltung nur die Unterlagen zu den kommunalen Liegenschaften hat und zum andern ergänzt Herr Stricker die Daten für das ganze Stadtgebiet, wo sich die Datenbeschaffung als schwierig gestaltet. Herr Busch gibt den Ausblick, dass es fortlaufend in einem jährlichen Rhythmus Vergleichswerte geben wird, die die Stadtverwaltung selber prüfen kann, um Tendenzen zu erkennen..

Herr StR Ortmann möchte noch etwas zu der CO₂-Bilanz ergänzen und zitiert dafür einen Artikel der Passauer Neuen Presse, welcher Anfang des Jahres erschienen ist. Er erläutert, dass die Jahrerzeugung von CO₂ in Deutschland bei 673 Millionen Tonnen betrug und, dass das erste Mal seit 70 Jahren 73 Millionen Tonne CO₂ im Jahr 2022 eingespart wurde. Er gibt bekannt, dass in der Zeitung nichts zu lesen war, dass China im selben Zeitraum 1250 Tonnen CO₂ emittierte. Herr StR Ortmann sagt, dass der CO₂-Anteil, den die Stadt Deggendorf einsparen könnte, nur sehr gering im Vergleich mit China ist. Er trägt vor, dass immer von CO₂ und der Klimaerwärmung gesprochen wird und darum möchte er wissen, ob es einen physikalischen Treibhauseffekt gibt. Des Weiteren bittet er um Auskunft, ob man den physikalischen Treibhauseffekt nachmessen kann oder ob es dafür eine Formel zum

Berechnen gibt. Herr StR Ortmann fragt nach, ob man sagen kann, dass wenn man eine gewisse Summe an CO₂ einspart, ändert sich die Temperatur und eine bestimmte Grandzahl. Er übermittelt, dass er nichts dagegen hat, wenn die Stadt Deggendorf Strom, Energie und Öl spart oder Klimaanpassung macht. Seiner Ansicht nach tut der Mensch seit 200.000 Jahren nichts anderes als sich beim Bauen dem Klima anzupassen. Für Herrn StR Ortmann ist der Bezug zu CO₂ nicht nachvollziehbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser wendet ein, dass es sich um eine Glaubensfrage handelt, ob man der Wissenschaft vertraut oder nicht. Er unterstreicht, dass er nicht über parteipolitische Inhalte diskutieren will, wenn man der Wissenschaft nicht glaubt und der Meinung ist, dass es anders ist. Er bezieht sich auf die Aussagen von renommierten Wissenschaftlern, auf denen sich die 1,5°C-Vorgabe bezieht.

Herr Ortmann wirft die Frage auf, wie sich der Wert berechnet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser entgegnet, dass es nicht die Aufgabe der Stadt Deggendorf ist den Wissenschaftlern zu misstrauen, da er glaubt, dass niemand die komplizierten Berechnungen im Detail nachprüfen kann. Er vertraut auf die freie Wissenschaft, da es sich nicht nur um einen Experten handelt sondern es dazu mittlerweile ganze Boards gibt, die viele Leute zu diesem Thema beschäftigen und anschließend zu einem Ergebnis kommen. Er teilt mit, dass es Klimakonferenzen gibt, bei denen die ganze Welt vertreten ist und wo diese Ergebnisse festgestellt werden. Aus diesem Grund stellt Herr Oberbürgermeister Dr. Moser dies nicht in Frage und er kann deswegen auch keine Auskunft geben, ob es richtig ist.

Herr StR Ortmann macht deutlich, dass er Umwelt- und Landschaftsschutz nicht in Frage stellt, aber der Verweis auf CO₂ ist für ihn ein theoretischer und unverständlicher Ansatz.

Herr StR Bergs kann verstehen, wenn jemand den CO₂-Ausstoß für Deggendorf sehr genau wissen will, jedoch stellt er fest, dass dies bis jetzt noch nicht ermittelt wurde. Wenn das geschehen soll, dann muss sich die Stadt Deggendorf an die Wissenschaft wenden. Er stellt fest, dass Medien Tabellen zeigen, in wie weit sich der CO₂-Ausstoß und die Erderwärmung erhöht haben. Er unterrichtet, dass die neuesten Zahlen besagen, dass der Wert in Deutschland schon 1,5°C höher ist als der angenommene Bezugswert aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Herr StR Bergs betont, dass es Tatsache ist, dass durch erhöhten CO₂-Ausstoß die Erde massiv erwärmt wird, was man auch die letzten Jahre bemerken konnte. Er führt zurück, dass wenn der CO₂-Ausstoß auf die Stadt Deggendorf runtergebrochen werden soll, jemand dafür beauftragt werden muss. Aus seiner Sicht kann der CO₂-Ausstoß berechnet werden und dieser kann dann in Relation zum gesamten weltweiten CO₂-Ausstoß gebracht werden.

Der Tagesordnungspunkt wird laut Beschlussvorschlag vom 22.01.2024 **zur Kenntnis genommen.**

TOP 5 Gegenstand:
 Anfragen

Herr StR Heilmann-Tröster hat eine Anmerkung bezüglich der Kosten zur Gelben Tonne. Er zitiert einen eben recherchierten Artikel der Stadt Forchheim in dem geschrieben ist, dass die Gelbe Tonne nichts kostet, da die Kosten für die Erfassung und das Recycling von Leichtverpackungen der private Endverbraucher bereits beim Einkauf eines verpackten Produktes mit zahlt. Er führt weiter aus, dass die Bereitstellung und die Leerung der Gelben Tonnen nicht durch die Abfallgebühren finanziert wird. Er fügt hinzu, dass die gleiche Auskunft auch auf anderen Internetseiten zu finden ist. Für Herrn StR Heilmann-Tröster ist es somit unverständlich warum der Zweckverband Abfallwirtschaft sagt, dass die Abfallgebühren steigen werden, da die Kosten über das duale System finanziert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser erklärt, dass es am Ende vielleicht um Einnahmen geht, die dem Zweckverband Abfallwirtschaft fehlen und diese über höhere Abfallgebühren relativiert werden.

Abgeschlossen mit TOP 5 der TO. Vorstehende Beschlüsse sind laut Art. 51 GO rechtsgültig zustande gekommen.

Deggendorf, 18.03.2024

STADT DEGGENDORF

Dr. Christian Moser
Oberbürgermeister

Theresa Hiendl
Schriftführerin